

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanrufe 2 28 41 und 2 28 42.

Die Notverordnung erhöht die Not.

Ohne Schamrot zu werden, erklärt der Reichsverband der deutschen Industrie, daß durch die Krisensteuer der Kapitalbildung Mittel entzogen werden. Was diese Schwerreichen an Krisensteuer zu fragen haben, ist relativ eine Bagatelle gegen die Belastung der armen Teufel.

Was bringt die Notverordnung den Lohn- und Gehaltsempfängern, d. h. was nimmt sie ihnen?

1. Einen gestaffelten Abzug vom Gehalt von 4 bis 8 Prozent.
2. Eine Krisensteuer für Lohnsteuerzahler und Veranlagungspflichtige, teilweise Befreiung der Lohnsteuererstattung.
3. Rentenkürzungen bei den Kriegsbeschädigten.
4. Eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung mit einer Einsparung von 309 Mill. Mk. Diese „Reform“ soll umfassen:

Ausscheiden der Landarbeiter und Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Versicherung, Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für Ehefrauen, Herabsetzung der Unterstützungsdauer für Saisonarbeiter um sechs Wochen, Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge und vor allem eine allgemeine Kürzung aller Leistungen der Versicherung und Krisenfürsorge um 5 Prozent.

5. Erhöhung der Zölle auf Mineralöle, Verdoppelung der Zuckersteuer.

In gleicher Zeit kommen Ankündigungen neuer Lohnabzüge, damit die Faschisten den Kapitalismus retten. Die Kapitalisten werden sich bitterböse verrechnen.

Gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung.

Die Spitzenverbände der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (HDV), haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie sich entschieden gegen die in der Öffentlichkeit erörterten und von den Arbeitgeberverbänden propagierten Pläne zur Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen wenden. Weitere Einschränkungen zu den bereits durchgeführten Verschlechterungen der Sozialversicherung würden, heißt es in der Eingabe, die Existenz der Arbeiterschaft in Frage stellen. „Sie müssen daher von den Gewerkschaften mit Entschiedenheit abgelehnt werden. . . Eine noch weitere Verschlechterung der Leistungen würde noch weitere breite Volksmassen einem ungehobenen Radikalismus in die Arme treiben und den Bestand des Staates gefährden.“

Außerdem hat der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 30. Mai das folgende Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung bewegt, wird auch von uns geteilt. Im Auftrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen.

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht vermindert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuereingänge herabgedrückt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verursacht. Was an Kaufkraft übrig blieb, wurde von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Auftrieb der Preise wichtigster Nahrungsmittel und Futtermittel auf das Zwei- und Dreifache der Weltmarktpreise erhält die Großlandwirtschaft auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt angegriffene Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt.

Es kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverkürzung auf sich zu nehmen, um die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche ist ein dringendes Erfordernis. Die sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist durch die Reserven-Entwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet; sie muß gesichert werden. Insbesondere muß die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmaß bestehen bleiben; die zusätzliche Finanzierung muß aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Die Steuerlasten sind gewiß eine schwere Bürde geworden. Aber der Staat muß gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die ärmsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vordringlich in Anspruch genommen

werden, zum Beispiel durch weitere Zuschläge zur Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Aufsichtsratssteuer.

Die Regierung muß ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von Auslandsanleihen wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält.

Die bevorstehende Notverordnung muß von folgenden Leitgedanken beherrscht sein:

1. Belebung der Kaufkraft. Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik.
2. Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen. Besteuerung der Leistungsfähigen.
3. Entlastung des Arbeitsmarktes. Gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, Herr Reichskanzler, und ohne gleichzeitigen Verzicht auf weiteren Lohnabbau wird weder die dringend notwendige soziale und politische Entspannung noch der erhoffte Auftrieb der Wirtschaft eintreten.

In ausgezeichnete Hochachtung Leipzig.“

Karl Herrmann — Jubilar!

25 Jahre ist Karl Herrmann Angestellter unserer Zahlstelle Nürnberg. Das heißt 25 Jahre Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft. Und was liegt hinter diesen 25 Jahren? Hintenansetzung aller persönlichen Interessen und Vorteile, bis zur Nichtachtung derselben; Eintreten für die Kolleginnen und Kollegen; Eintreten für die Arbeiterklasse jeden Tag, jede Stunde. Das kann nur, wer für die von ihm vertretene Sache eine wirklich „heilige Begeisterung“ mitbringt. Und sei der Lohn auch Undank, ihn schreckt das nicht. Aus reiner Liebe zu den Enterbten, aus Liebe kämpft er allen Widerwärtigkeiten zum Trotz um jeden Fußbreit dem Ziele entgegen, um ein besseres Los für die Enterbten. Sein ganzes Wissen und Können, seine ganze Kraft hat er eingesetzt für das hehre Ziel: „Hinweg mit den Fesseln der Knechtschaft! Durch Kampf zum Sieg!“ Karl Herrmann brachte die Vorbedingungen zum Sozialisten förmlich mit zur Welt. Not und Elend drückten ihn schon, als er fähig war, diese zu fühlen und zu erkennen. Aber dann wuchs auch schon die Einsicht, die Erkenntnis der Notwendigkeit, gegen diese Übel den Kampf aufzunehmen. Und weil sich der an der Quelle Sitzende zuerst satttrinken kann, deshalb dürfte die Überlegung mitbestimmend gewesen sein, als es galt, für Karl eine Existenz zu schaffen. Er wurde Bäcker. Da kann man sich sattessen an Brot. Nachdem er angelernt hatte, krieb es ihn hinaus, Welt und Menschen kennenzulernen. Mit leeren Taschen



ging er in die Fremde, wobei recht oft der Henschober das Federbett ersetzen mußte. Des Wanderlebens müde, kehrte er nach Nürnberg zurück und begann als Fabrikarbeiter in einer Margarinefabrik von neuem seine Werbearbeit, vor allem für den Fabrikarbeiterverband.

Sehr bald erkannte die Mitgliedschaft, daß Karl Herrmann alle Eigenschaften eines brauchbaren Führers besaß, und so wurde er zunächst als Vorsitzender und am 26. Mai 1906 als Geschäftsführer der Zahlstelle Nürnberg gewählt. Mit vollem Recht kann er stolz auf seine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Wenn die Zahlstelle Nürnberg auf so guter Grundlage aufgebaut ist, so muß das auf seine rastlose Tätigkeit zurückgeführt werden, wofür ihm an dieser Stelle gedankt sei.

Wir wünschen dem Kollegen Karl Herrmann, daß er noch viele Jahre in vorderster Stelle mitwirken kann an dem Ausbau der Organisation sowie der gesamten Arbeiterbewegung und entbieten ihm zu seinem Jubiläum die besten und herzlichsten Glückwünsche.

Auswirkungen der Rationalisierung.

In den Fabriken blinkt dem Eintretenden ein schimmernder Maschinenpark entgegen. Immer mehr Maschinen und Apparate und immer weniger Menschen, das ist das Zeichen der modernen Produktionsweise. In dem Bericht, den der Direktor des IFA der internationalen Arbeiterkonferenz vorlegt, wird hierüber sehr eindrucksvolles Material beigebracht. Eine Näh- und Drehschneidmaschine verdrängt mindestens fünf landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Maschine hat die internationale Agrararbeitslosenbewegung herbeigebracht, so doch sehr gefördert. Wie der Mähdreher heute Anwendung

findet, dafür einige Beweise: In Kansas gab es im Jahre 1918 deren 14, im Jahr 1928 20 000 und im Jahr 1929 25 000; in Kanada 1912 zwei, im Jahre 1925 18 und im Jahre 1929 7215. Danach sind in Kansas 125 000 und in Kanada rund 40 000 landwirtschaftliche Arbeiter brotlos geworden. Die Steigerung der Produktionsleistung ist gewaltig gewachsen. Berechnet auf die Arbeitsstunden eines Arbeiters liegen Zahlen für die Vereinigten Staaten vor. Danach ergibt sich, daß die Leistungen von 1914 bis 1927 je Arbeitsstunde um 70 Prozent gesteigert wurde:

in Schlachthäusern und Konservenfabriken	um 26 v. H.
in den Rohrzuckerrefinerien	um 33 v. H.
in den Papierfabriken	um 40 v. H.
in den Gerbereien	um 41 v. H.
in den Stahl- und Walzwerken	um 46 v. H.
in den Zementfabriken	um 54 v. H.
in der Mülerei	um 59 v. H.
in den Petroleumrefinerien	um 82 v. H.
in den Hochofenbetrieben	um 108 v. H.
in dem Kraftwagenbau	um 178 v. H.
in der Wagenbereifung	um 292 v. H.

Diese gewaltige Industriestellung der Maschinen hat zu der großen Arbeitslosigkeit von heute nicht wenig beigetragen. Das Internationale Arbeitsamt weist hierauf mit folgenden Worten hin: „Wenn das Schrittmass der Einführung von Maschinen so rasch wird wie in den letzten Jahren, so führt es zwangsläufig zu einer Art einheimischer Arbeitslosigkeit von immer wachsendem Umfange, die sich aus der Kündigung von immer mehr durch Maschinen ersetzten Arbeitnehmern ergibt.“ Es sei bald angebracht, die „Rationalisierung zu rationalisieren“. Was für ein Zustand: die Menschheit schafft technische Höchstleistungen und muß darunter entsetzlich leiden!

RGO.-Helden!

Am Anfang Januar d. J. befehlt die Leitung der kommunistischen Partei den Generalstreik für Mitteldeutschland. Unter der glorreichen Leitung von drei KPD.-Bonzen wurde auch die Arbeiterschaft der Cröllwitzer Papierfabrik, zwar etwas mit Gewalt, in den wilden Streik gekehrt. Am 5. Januar brach der wilde Streik aus, und bereits am 7. Januar war der Betrieb wieder im vollen Gange. Mehr als 90 Prozent der Belegschaft hatte der KPD. die Gefolgschaft verweigert. Auf der Strecke blieben einige Duzend RGO.-Mitglieder, darunter der Betriebsratsvorsitzende Andreas. In seiner Not wandte er sich an ein bürgerliches Gericht und beantragte, das Arbeitsgericht Halle a. S. möge die Cröllwitzer Papierfabrik kostenpflichtig verurteilen, „an ihn seit dem 6. Januar 1931 wöchentlich 41 Mk. vorläufig bis zum Urteilstage zu zahlen“.

In seiner Eingabe an das Arbeitsgericht behauptete A.: „Der Streikbeschuß sei einstimmig zustande gekommen“, obwohl er mußte, daß sich knapp 5 Prozent der wirklichen Betriebsarbeiter an diesem Beschuß beteiligt hatten. A. behauptete aber weiter: „Betriebsfremde Personen hätten an der Belegschaftsversammlung nicht teilgenommen.“

Armer Andreas! Noch ehe diese Äußerung dem Arbeitsgericht übermittelte wurde, hatte die KPD. ihren Anhängern und dem Betriebsratsvorsitzenden der Cröllwitzer Papierfabrik bereits öffentlich einen Schandstreich geliefert, denn der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle schrieb in seiner Nummer vom 6. Januar 1931 zu dem wilden Streik in Cröllwitz:

„Ja, das wird allgemein bemerkt, ohne den Einsatz der Erwerbslosen wäre es nicht zum Streik gekommen, hätte die Belegschaft, die vor wenigen Wochen durch einen überwältigenden Betriebsratswahlbesieg der RGO. ihren Kampfwillen bekundet hat, vielleicht nicht die Kraft zum Handeln gefunden!“

Und weiter:

„Bereits in den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages begaben sich die Erwerbslosen scharenweise nach der Cröllwitzer Papierfabrik, um Streikposten zu stehen. Nicht weniger als neun Toreingänge galt es zu bewachen.“

Einen klassischeren Zeugen als den kommunistischen „Klassenkampf“ hätte die Direktion der Cröllwitzer Papierfabrik für ihre Behauptung, daß der wilde Streik durch betriebsfremde Personen erzwungen wurde, kaum noch finden können. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen Freund Andreas mit seiner Klage abgewiesen wurde und noch die Kosten nebst Zusagegebühren zu zahlen hat.

Andreas war Mitglied der RGO., für die bekanntlich die kommunistische Partei die Verantwortung zu tragen hat.

Die RGO. hat dieses Urteil und seine Entscheidungsgründe wortwörtlich anerkannt, denn weder Andreas, noch sein von der RGO. gestellter Prozeßvertreter haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, obwohl die Begründung recht anscheinbar war. Das Urteil hat Rechtskraft erlangt.

Damit hat die RGO. und mit ihr die kommunistische Partei ihr Todesurteil selbst anerkannt; sie hat zugegeben — durch Anerkennung des Urteils —, daß ihre russifizierte Taktik ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist. Es ist übrigens innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal in der Papiererzeugungsindustrie, daß die KPD. ein derartiges Urteil

widerspruchlos über sich ergehen läßt. Wir erinnern nur an den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Papierfabrik Weissenfels, der, aus ähnlichen Gründen striflos entlassen, von einem kommunistisch pervertierten Gewerkschaftsbund einer anderen Organisation vertreten wurde und trotzdem das vernichtende Urteil des Arbeitsgerichts Weissenfels anerkannte.

Im Falle Andrees ist ferner bemerkenswert, daß dieser nicht etwa durch die Urheber des wilden Streiks, den Reichstagsabgeordneten a. D. Schmidt oder den Landtagsabgeordneten z. D. Schlag, verteidigt wurde, sondern daß man sich dazu einen gewissen Heinz Sander aus Halle genommen hatte, der bei der Arrangierung des wilden Streiks weniger hervorgetreten war.

Jedenfalls ist auch dieses Urteil und seine Anerkennung durch KGO. und "PD. ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse der Papierzeugungsindustrie alle Ursache hat, die gewissenlosen Parolen der KPD. und ihrer Nebenorganisationen nicht zu befolgen. O. Schäfer.

Der von der KGO. in Haidemühl geführte Streik.

Im gesamten Deutschen Reich wurden die krampfhaftesten Bemühungen gemacht, um den Streik, der in Haidemühl am 6. Mai ausbrach, auch auf andere Betriebe auszudehnen. Zeitungsüberschriften, wie „Glasarbeiter, steht nicht Gewehr bei Fuß!“ oder „Löst den Streik gegen die Lohnräuber aus!“, sollten über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Unergründliche konnten zu der Auffassung gelangen, daß die „Weltrevolution“ jetzt von dem Glasarbeiterdörfchen Haidemühl ausgehen würde.

Mit Phrasen, Verleumdungen und Beschimpfungen der Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes, namentlich der Kollegen Kerstan und Fleischhauer, und außergewöhnlicher Gewaltlosigkeit versuchten die von der KGO. auf die Haidemühler Glasarbeiter losgelassenen Phrasenre den Betrieb in Haidemühl „streikfrei“ zu machen. Als nun in der deutschen Weichholglasindustrie der Lohnschiebspruch gefällt wurde, der leider einen Lohnabbau um 3 Prozent vorsah, glaubten nun diese gewerkschaftlichen Strategen den Zeitpunkt als gekommen, um gegen den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands den Schlag führen zu können. Für jeden Eingeweihten ist es klar ersichtlich gewesen, daß man diesen willkürlich vom Zaun gebrochenen Streik nicht etwa gegen die Firma zu führen gedachte, sondern der Hauptzweck war, die Geschlossenheit der Organisation zu beseitigen. Die Moskowiter haben sich aber gewaltig geirrt. Die Propagandakolonnen, die in der gesamten Lausitz in allen Glasindustriestädten aufstauten, mußten überall erleben, daß für derartige Dummheiten, wie sie in Haidemühl gemacht wurden, kein Resonanzboden zu finden ist.

Die vom „Kampfausschuß“ aufgestellten sieben Forderungen sind im Reichstarifvertrag für die deutsche Glasindustrie zwischen den Organisationen bereits geregelt. Interessant ist die Forderung, die KGO. als rechtmäßige Vertretung der Arbeitnehmer im Betriebe anzuerkennen, also als Reformisten. Durch diese Forderung will die KGO. ihre Daseinsberechtigung beweisen.

Am 6. Mai wurde in der Frühstückspause der gesamte Betrieb stillgelegt. Als dann die Firma Verhandlungen mit dem sogenannten Kampfausschuß über eingereichte Forderungen strikte ablehnte, wurden die Gesichter der gewerkschaftlichen Strategen „noch länger“. (Die Weltrevolutionäre wollten also mit den Kapitalisten hantieren. Das ist doch Arbeiterverrat.) An der damit hervorgerufenen Stimmung konnte auch die Massenpeinung nichts mehr ändern.

Die Katastrophe trat ein, als die Betriebsleitung jedem einzelnen die Entlassungspapiere in die Wohnung schickte. Bereits am 19. Mai waren 45 Arbeitnehmer im Betriebe, auch ein Führer der KGO. war darunter. Wenn von unserer Organisationsleitung unseren eigenen Kollegen auf Grund der aufgestellten Entlassungspapiere ganz dringend empfohlen wurde, sich beim zuständigen Arbeitsamt arbeitslos zu melden, so ist dies deswegen geschehen, um unsere Verbandsmitglieder vor Schäden zu bewahren. In unseren Mitgliederversammlungen ist immer darauf hingewiesen worden, daß wir als Organisation mit diesem „Streik“ absolut nichts zu tun haben. Wenn nun von der KGO. wiederum über den Verrat usw. gezeifelt wird, so will man damit nur das eigene böse Gewissen beruhigen.

Die KGO. hat erreicht, was sie wollte. Circa 80 Arbeitnehmer sind auf der Strecke geblieben.

Als die Mitglieder der freien Gewerkschaften sahen, daß der Streik zusammenbricht, haben sie mit der Betriebsleitung Verhandlungen aufgenommen, um die schwersten Nachteile für die Arbeiterschaft abzuwehren. Der Betrieb in Haidemühl ist seit dem 21. Mai wieder voll besetzt. Die KGO. hat in einer Versammlung am 21. Mai den Streik abgebrochen und die auf der Strecke bleibenden Arbeiter ihrem Schicksal überlassen.

Wir glauben, daß die Glasarbeiter in Haidemühl bestimmt nicht mehr auf die Leistungen der KGO. gehen werden, und daß dadurch auch in Haidemühl wiederum eine einige, geschlossene Organisation herbeigeführt werden kann.

Jeder Gewerkschaftler dürfte aus dem zusammengebrochenen Streik in Haidemühl seine Lehren ziehen und den wahren Charakter der KGO. erkennen. Darum bewahrt erster Organisation die Treue!

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Lage in der europäischen Flaschenindustrie.

Die große Arbeitslosigkeit in der Flaschenindustrie, vornehmlich in den Ländern Deutschland, Tschechoslowakische Republik und Österreich, hat vor Jahresfrist zur Bildung einer kleinen internationalen Kommission geführt. Die Aufgabe dieser Kommission sollte sein, nach vorgenommenen Untersuchungen Wege und Mittel zu suchen gegen die Verelendung der Arbeitnehmer dieses Industriezweiges infolge der starken technischen Entwicklung und der dadurch entstandenen starken Arbeitslosigkeit.

In zwei Sitzungen hat sich die Kommission mit dem Aufgabengebiet beschäftigt. Zur einwandfreien Beurteilung der Lage in den einzelnen Ländern war die Aufnahme einer Statistik unbedingte Notwendigkeit. Diese statistische Aufnahme, die nach dem Stand der Monate Februar und März 1931 angefertigt ist, liegt nunmehr vor. Sie umfaßt die Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Österreich, Schweden und Tschechoslowakische Republik. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß von der englischen Bruderorganisation trotz lebhafter Bemühungen unsererseits keine Angaben zu erhalten sind. Die Statistik zeigt daher kein vollkommenes Bild. Sie ist aber trotzdem eine gute und wertvolle Unterlage zur Beurteilung der Sachlage.

Der Zweck der statistischen Aufnahme ist nicht nur gewesen, die gegenwärtige Lage und Situation in den einzelnen europäischen Ländern festzustellen, sondern vor allem den Stand der Beschäftigung 1913/14 mit dem jetzigen Stand infolge der Entwicklung nachweisen und vergleichen zu können. Insbesondere ist versucht worden, die Zahl der beschäftigten Handflaschenmacher von damals und heute zu ermitteln. Nur so kann man sich ein vollkommenes Bild von der Mechanisierung und Aus-

„Freie Wirtschaft“ — ein Märchen.

Wer Kartelle, Syndikate und Trusts als wirtschaftsregulierend bejaht, wer nationale, ja sogar internationale, regionale und vertikale Wirtschaftspakte billigt, wer „tatsächlich“ damit einverstanden ist, sich von seiner Organisation auf Grund kollektiver Beschlüsse das freie Verfügungsrecht über das Eigentum an seinen Produktionsmitteln oder am Produktionsertrag beschränken zu lassen (Stilllegungen, Quotierungen, Absatzregulierungen, Strafgebühren usw.), der wird sich darüber klar sein müssen, daß sein vermeintlich „freies, selbstbestimmendes, privates Unternehmertum“ ein Loch im „grundgesetzlichen“ bekommen hat. Er hat keine Möglichkeit mehr, sich mit plausiblen Argumenten und kein Recht mehr, sich mit politisch-moralischer Entrüstung gegen die „unerträglichen Methoden sozialistischer Vergewaltigung“ durch Gewerkschaften und Tarifverträge zu wenden. Wer an Eisen, Zucker, Stickstoff, Zement, Glühlampen und sonstigen Konventionen aller Art zustimmend teilnimmt, kann konsequenterweise nicht kurzerhand verlangen, daß die „Zwangswirtschaft im Lohn- und Arbeitswesen beseitigt werden und auch auf diesem wesentlichen Teilgebiet der Selbstkosten sich das Ergebnis wieder nach Angebot und Nachfrage richten muß.“ Dr. Marie Elisabeth Lüders.

wirkung der Rationalisierung innerhalb der Flaschenindustrie machen, und es können Wege gesucht und gefunden werden, wie am besten die Lage der arbeitslosen Kollegen gebessert und ihre Unterbringung in den Produktionsprozeß ermöglicht werden kann.

In dem nachstehenden Resultat der statistischen Aufnahme für die angeführten Länder sind die Hauptfragen wiedergegeben:

1913/14 wurde in Betrieben gearbeitet	Februar 1931 ist in Betrieben gearbeitet	1913/14 wurde an Öfen gearbeitet	Februar 1931 ist an Öfen gearbeitet
145	80	277	76

Zahl der 1913/14 Beschäftigten	Zahl der zur Zeit Beschäftigten	Zahl der 1913/14 beschäftigten Handflaschenmacher	Zahl der zur Zeit beschäftigten Handflaschenmacher
30 606	14 932	13 207	2222

Zahl der Libbey-Owens-Maschinen (Vollautomaten)	Sonstige vollautomatische Maschinen	Zahl der Handmaschinen (Halbautomaten)
69	219	201

Diese Zahlen geben ein interessantes Bild über den Stand der Industrie von damals und heute. In 55 Prozent der Betriebe von 1913/14 wird zur Zeit nur gearbeitet. Rund die Hälfte der Betriebe ist also verschwunden. Dabei ist die Produktionsmöglichkeit keinesfalls geringer bei den 55 Prozent der Betriebe, sondern sie ist noch größer. Das liegt eben an der mechanischen Entwicklung.

Katastrophal wirkt es, wenn man feststellen muß, daß von 277 Öfen, an denen in den Jahren 1913/14 gearbeitet worden ist, im Februar 1931 nur noch 76 Öfen (= 27,4 Prozent) für die Produktion erforderlich waren.

Vergleicht man die Zahl der zur Zeit Beschäftigten gegenüber 1913/14, so ergibt sich ein Prozentsatz von 48,8. Auf den ersten Blick erscheint es wie ein innerer Widerspruch, daß die Arbeit an Öfen auf 27,4 Prozent zurückgegangen ist, die Zahl der Beschäftigten aber nur auf 48,8 Prozent. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die kleinen Öfen (Hafenöfen) fast alle verschwunden sind und leistungsfähige Wannen dafür gebaut wurden, an denen heute zum Teil nicht nur eine Libbey-Owens-Maschine, sondern

zwei aufgestellt sind. Die augenscheinlich starke Differenz in diesen beiden Prozentsätzen findet darin ihren wesentlichen Grund. Die gelernten Kräfte wurden verdrängt. Die Produktion durch die Maschine ist höher geworden. Hilfsarbeiter, ungelernete Kräfte, wurden daher mehr eingestellt.

Die stärkste katastrophale Erscheinung bilden die Zahlen der beschäftigten Handflaschenmacher vom Februar 1931 gegenüber 1913/14. Von 13 207 gelernten Flaschenmachern sind in den angegebenen Ländern noch ganze 2222 in Arbeit. Stellt man die Zahl 13 207 = 100, so ergibt sich ein Prozentsatz von 16,8 der zur Zeit beschäftigten gelernten Arbeitnehmer. In diesen beiden Vergleichszahlen liegt vor allen Dingen die verhängnisvolle Auswirkung der starken Technisierung und Rationalisierung. Selbst beim Ansteigen der Konjunktur wird der gelernte Flaschenmacher nur in ganz unwesentlicher Weise wieder in seinem Beruf arbeiten können. Diese starke Verminderung liegt also nicht begründet in der augenblicklichen schweren Weltkrise, sondern ist die Auswirkung der Rationalisierung und der maschinellen Entwicklung. Am stärksten zeigen das die Zahlen in den Ländern Deutschland, Dänemark und Österreich. Für Deutschland beträgt der Prozentsatz der beschäftigten Handflaschenmacher noch nicht einmal 3 Prozent, für Dänemark 3,3 Prozent und für Österreich 5,4 Prozent. Den höchsten Prozentsatz zeigen Schweden mit 24 Prozent und die Tschechoslowakische Republik mit 27 Prozent.

Aus diesen Zahlen ergibt sich das Aufgabengebiet der kleinen internationalen Kommission, der Organisationsvertreter der einzelnen Länder und der Internationale der Glasarbeiter. Mechanisierung und Rationalisierung sollen dem Wohle des Ganzen dienen. Jede Wirtschaft hat ihren Zweck: Erhaltung und Verbesserung der Lebenslage der Menschen. Die Statistik ergibt, daß die Auswirkung umgekehrt gegangen ist. Von Vernunftwirtschaft keine Spur. Eine Unterkunft in anderen Industrien ist nicht möglich, weil dort die Entwicklung in ähnlicher Weise gegangen ist. Arbeitslose liegen massenhaft auf den Straßen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht imstande, eine Änderung zum Besseren herbeizuführen. Sie beachtet den Zweck als das Grundsätzliche jeder Wirtschaft nicht. Es ist höchste Zeit, mit aller Macht dagegen anzutreten. Die Forderung auf Unterbringung der erwerbslos gewordenen Kräfte im Produktionsprozeß darf nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie gelöst ist. Der Staat geht zugrunde, wenn er seine Sorge nicht darauf legt.

Deshalb fordert die eingesetzte Kommission der Flaschenmacher die Unterbringung der erwerbslos gewordenen Kräfte in den Produktionsprozeß. Das kann zu einem Teile geschehen durch Einführung des Vier-Schichten-Systems an den Öfen und Maschinen, also durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Ein solcher ist in dieser Industrie ohne weiteres möglich. Die Höhe der Produktion durch die Maschine läßt das zu.

Wenn die Industriellen demgegenüber mit der Forderung auf durchgehende Sonntagsarbeit kommen, muß dies abgelehnt werden. Durch die starke Kartellbindung und die Quotenfestsetzung innerhalb der europäischen Flaschenindustrie werden im Jahre (gewöhnlich am Ende des Jahres) dadurch Öfen oder Betriebe für eine bestimmte Zeit um so früher stillgelegt. Maßnahmen dieser Art haben keinen Sinn und bringen keine Erleichterung. Wir werden sie entschieden bekämpfen.

Unsere Forderungen sind damit nicht erschöpft. Die Kommission wird in späteren weiteren Beratungen versuchen, das Feld zu klären, im Interesse der Arbeitnehmer dieser Industrie wie auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse.

Karl Müller.

Sitzverlegung des IGB!

Die Adresse des IGB. lautet vom 1. Juli d. J. a. Internationaler Gewerkschaftsbund, Berlin SO. 16, Aspencker Straße 118.

Papier-Industrie

Der Feldmühlen-Konzern im Jahre 1930.

Aus dem vor einiger Zeit erschienenen Geschäftsbericht der Feldmühle, AG., Papier- und Zellstoffwerke in Steffin, ergibt sich, daß sich die Feldmühle im Laufe der letzten Jahre zum größten Papiererzeuger Deutschlands entwickelt hat. In der Zellstoffproduktion steht sie hinter Waldhof und Alschaffenburg an dritter Stelle.

Der Konzern umfaßt heute Papier-, Pappen-, Zellstoff-, Holz- und Pergamentpapierfabriken, ferner chemische Betriebe, ein Ziegelei und Transport-Gesellschaften.

Zusammenschlüsse.

In den letzten Jahren wurde sowohl die Papierfabrik Hohenberg als auch der Reichsholz-Konzern von der Feldmühle aufgekauft. 1930 kaufte dann die Feldmühle zunächst etwa 75 Prozent des Aktienkapitals der Königsberger Zellstofffabriken und der chemischen Werke Kobohlt AG. aus den Händen des englischen Investors-Konzerns auf. Es wurden zunächst von diesem englischen Konzern Aktien im Werte von 12 720 000 Mk. zum Preise von einer Million Pfund Sterling = 20 400 000 Mk. aufgekauft. Ende des Jahres 1930 ging der Rest der Kobohlt-Aktien — auf einen erheblichen Betrag — durch Aktienantausch im Verhältnis von 1:1 in den Besitz der Feldmühle über. Die Feldmühle hat daraufhin mit der Kobohlt-AG. einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen und die Verwaltung der Kobohlt von Berlin nach Steffin übernommen.

Produktionsmöglichkeiten.

Nach dem Geschäftsbericht können in den Konzernwerken bei voller Ausnutzung der Betriebe pro Jahr erzeugt werden:

Zellstoff	219 000 Tonnen
Holzschliff	157 000 Tonnen
Setzungsdruckpapier	181 000 Tonnen
Sonstige Papierforten	60 000 Tonnen
Karton	21 000 Tonnen
Chemische Produkte	32 700 Tonnen und 2 520 000 cbm
Elektrokorunden	3 800 Tonnen
Schleifsteine und Schleifmittel	750 Tonnen
Selbstzoll	200 Tonnen
Sulfispiritus	8,1 Million Liter
Mauersteine	7 000 000 Stück

Aus der folgenden Zusammenstellung geht die Zahl der Beschäftigten, der Produktionsmittel und der jährlichen Erzeugungsmöglichkeit der Papiererzeugungsbetriebe des Konzerns im Jahre 1930 hervor:

Werte	Beschäftigte		Produktionsmittel				Jährliche Erzeugung				
	Arbeiter	Angestellte	Papier-Maschinen	Zellstoff-Apparate	Schleif-Apparate	Entwicklungs-Apparate	Spirit-Produktion	Papier	Zellstoff	Holzschliff	Spirit in Liter
Liebau	90	9	1	3	—	—	—	2 500	—	—	—
Odermünde	2 249	208	9	5	14	3	1	98 500	61 000	69 000	1,8
Hohenkrug	426	38	2	—	—	—	—	16 900	—	—	—
Reisholz	315	16	3	—	6	—	—	51 000	—	33 000	—
Flensburg	167	11	2	—	—	—	—	16 200	—	7 200	—
Iferfen	185	12	2	—	4	—	—	24 000	—	13 500	—
Arnsberg	350	29	2	—	4	—	—	21 000	—	21 600	—
Sackheim	1 108	97	—	14	—	4	1	—	98 000	—	3,5
Coffe	637	73	—	10	—	2	1	—	65 000	—	2,8
Sillegoffen	469	44	4	—	2	—	—	25 000	—	13 000	—
Oberlahnstein	189	28	5	—	—	—	—	6 000	—	—	—
Hauptverwaltung	—	261	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Löhberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Insgesamt 6 185 816 | 30 29 35 | 9 | 3 261 100 | 219 000 | 157 300 | 8,1
 1 Kartonnmaschinen. 2 Kartonproduktion. 3 Darunter 2 Pergamentiermaschinen. 4 Pergamentproduktion.

Die Zusammenstellung ist erfolgt auf Grund der im Geschäftsbericht für die einzelnen Werke gemachten Angaben. Die Zellstofffabrik in Löhberg wurde im April 1928 stillgelegt und die Anlagen zum größten Teil veräußert.

Zu den in der Zusammenstellung verzeichneten Papiererzeugungswerken gehören zum Konzern die Dampfzettelerei Stolzenhagen, die Elektroschleifsteine-Fabrik Löhberg und die Chemische Fabrik Wesseling a. Rh.

Die jährliche Produktion bei voller Ausnutzung des Betriebes in Löhberg beträgt:

Alkali	8 400 Tonnen
Ahnatron	5 400 Tonnen
Chlor	7 800 Tonnen
Flüssiges Chlor	4 200 Tonnen
Chlorkalk	6 800 Tonnen
Salzsäure	3 000 Tonnen
Elektrokorunde	3 800 Tonnen
Wasserstoff	2 520 000 cbm

In Wesseling werden Schleifmittel, Schmitzelpapier, Schmitzelpapierwand und Schleifsteine hergestellt. Außerdem besitzt das Werk ein Zentral-Laboratorium für Forschungs- und Untersuchungszwecke des Gesamtkonzerns. In beiden Betrieben wurden 1930 beschäftigt:

Werk	Arbeiter	Angestellte
Wesseling	57	27
Löhberg	299	34

Die Höchstzahl der Beschäftigten im Gesamtkonzern und die Zahl der Beschäftigten nach Abbau von Arbeitern und Angestellten ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

	1930	1931
Arbeiter	6341	5390
Angestellte	878	828
Insgesamt	7419	6218

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeitererschaft von dem Personalabbau am schärfsten betroffen wurde.

Wohnfläche

Der Konzern besitzt nach den Angaben des Geschäftsberichtes an Grund und Boden 6 161 178 qm, wovon 326 061 qm bebaut sind.

Werkwohnungen

Die Zahl der im Konzernbesitz befindlichen Werkwohnungen für Arbeiter und Angestellte ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Werte	Wohnhäuser	Wohnungen
Liebau	6	23
Odermünde	32	170
Hohenkrug	26	96
Reisholz	17	51
Flensburg	8	29
Iferfen	12	37
Arnsberg	31	84
Löhberg	1	2
Sackheim	34	186
Coffe	28	112
Sillegoffen	45	108
Oberlahnstein	10	10
Löhberg	36	61
Wesseling	19	22
Insgesamt:	303	991

Geschäftsergebnis 1930.

Der Rohgewinn beträgt nach Abzug der vertragsmäßigen Gewinnanteile einschließlich des Vortrages aus 1929:

Abschreibungen	5 814 194,38 Mk.
Reingewinn	2 751 354,-- Mk.
	3 062 840,38 Mk.

Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, den Reingewinn folgendermaßen zu verteilen:

6 % Dividende auf 600 000 Mk. Vorzugsaktien	36 000,--
6 % Gewinnanteil von 235 150 Mk. Genussrechten	14 109,--
4 % Dividende auf 26 Mill. Mk. Stammaktien	1 040 000,--
6 % Superdividende auf 26 Mill. Mk. Stammaktien	1 560 000,--
Zantlemen an Aufsichtsrat	136 879,--
Vortrag auf neue Rechnung	275 852,38

In der Gewinn- und Verlustrechnung befindet sich der Betriebsüberschuß der Koholzt-WG. für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1930. Entsprechend sind für dieselbe Zeit auch die Handlungskosten und Steuerbeträge der Koholzt mit enthalten.

Die Abschreibungen beziehen sich nur auf die Feldmühle, während für die Koholzt entsprechende Rückstellungen für Abschreibungen auf Grund des Interestsvertrages in die Bilanz eingelegt sind.

Daraus ergibt sich, daß die Feldmühle ohne Koholzt Abschreibungen vorgenommen hat, die, gemessen am Aktienkapital, über 10 Prozent desselben betragen. Trotzdem war es der Feldmühle noch möglich, auf ihr Stammkapital von 26 Mill. Mk. eine Dividende von 10 Prozent zur Ausschüttung zu bringen. Dabei wurden im Jahre 1930 1 656 354 Mk. für Erweiterungen und Verbesserungen der Konzernwerke in Reisholz, Arnsberg und Iferfen ausgegeben. Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß diese Aufwendungen ihre Wirkung durch eine Verbilligung der Produktion schon gezeigt haben.

Zusätzlich ist auf, daß dem Angestellten-Hilfsfonds 100 000 Mk. aus dem Hilfsfonds der Koholzt zugeführt wurden. Die Arbeitererschaft geht anscheinend leer aus.

Schmerzen der Verwaltung.

Zu Eingang des Berichts hebt die Verwaltung der Feldmühle, W.G., hervor, daß die Absatzschwierigkeiten infolge der Wirtschaftskrise sich verschärften, wodurch ein Teil der Erzeugung auf Lager gearbeitet wurde und die Preise heruntergesetzt werden mußten. Trotzdem sei es möglich gewesen, für diese Mindererlöse einen Ausgleich durch allgeringste Sparmaßnahmen in der Verwaltung und in allen Konzernbetrieben sowie durch gewisse Verbilligungen beim Einkauf der Roh- und Betriebsmaterialien zu erzielen. Die Schreibpapierwerke „Feldmühle-Spezial-Bank-Post“ und die Viskosefaser (Heliozell) seien trotz der Krise in ihrer Nachfrage immer weiter gestiegen.

Wörtlich heißt es dann im Geschäftsbericht weiter:

„Unserer früher immer und gern geübten Gewohnheit, alle Angestellten und Arbeiter in schlechten Zeiten durchzubalgen, können wir zu unserem großen Bedauern nicht mehr nachkommen, da die übermäßig hohe Steuerlast und die außerordentlich hohen Ausgaben für soziale Lasten uns, wie wohl auch alle anderen Unternehmen, eine derartige Fürsorge unmöglich machen. Wir haben infolgedessen an den verschiedensten Stellen Beamte und Arbeiter abbauen müssen. So zeigt es sich auch bei uns, daß die übertriebenen und übersteigerten sozialen Maßnahmen, die angeblich zum Besten der Angestellten und Arbeiterschaft unternommen worden sind, sich letzten Endes zum Schaden derjenigen auswirken, zu deren Gunsten sie beabsichtigt waren. Die Beträge für laufende Steuern und soziale Lasten mit 4 101 250 Mk. übersteigen den zur Verteilung gelangenden Reingewinn beträchtlich.“

Abbau der Sozialversicherung heißt hohe Sterblichkeit.

Der französische Arbeitsminister Loucheur hat in der Kammer im Februar 1930 erklärt:

„Im Jahre 1880 war Frankreich in Europa das Land mit der kleinsten Sterblichkeitszahl: sie war 20 Prozent geringer als in Deutschland. Bis zum Jahre 1930 ist die Sterblichkeitszahl in Frankreich so gestiegen, daß sie nun 25 Prozent über der deutschen Zahl steht. Warum? Deutschland hat die Sozialversicherung!“

Also muß das arme Volk sterben, damit die Kapitalisten desto besser leben können.

Wir müssen schon gestehen, daß die Verwaltung der Feldmühle wirklich keine Ursache hat, ein derartiges Jammerlied anzustimmen. Ohne jegliche Erhöhung des Aktienkapitals konnte die Feldmühle rund 20 1/2 Millionen Mark im Jahre 1930 zum Aufkauf der Koholzt-WG. aufwenden.

Im Jahre 1926 hatte die Feldmühle, W.G., von dem Londoner Bankhaus Helbert, Wagg u. Co. Ltd. eine langfristige Anleihe von über 7 Millionen Mark zu einem Zinsfuß von 7 Prozent aufgenommen. Davon hat die Feldmühle bis zum Schluss des Jahres 1930 rund 2 500 000 Mk., also über 30 Prozent der Anleihe, bereits zurückgezahlt, davon allein im Jahre 1930 rund 621 000 Mk.

Beachtet man weiter, daß die Feldmühle 1 656 354 Mk. allein zur Verbesserung ihrer Anlagen in Reisholz, Arnsberg und Iferfen aus Betriebsmitteln aufwenden konnte, so kann unter Berücksichtigung all der vorstehend aufgeführten Leistungen wahrhaftig von einer Notlage der Feldmühle nicht gesprochen werden.

In der Öffentlichkeit sowie den Arbeitern und Angestellten gegenüber versucht man durch derartige Jammerlieder die Notlage des Konzerns immer wieder zu demonstrieren. Dabei werden fast 137 000 Mk. im Jahr allein den Aufsichtsratsmitgliedern für fälschliche Nichtstun in den Taschen geworfen. Dafür, daß die Herren Aufsichtsratsmitglieder jährlich einige Sitzungen besucht haben, erhielten sie im Jahre 1930 je Kopf und Durchschnitt die sehr angemessene Entschädigung von über 9000 Mk.

Dabei muß beachtet werden, daß diese Herren zum größten Teil zu den sogenannten müßeligen Schwerverdienern gehören, deren Einkommen allein aus Aufsichtsrats-Tantiemen in die hunderttausende Mark pro Jahr geht. Dafür nur einige Beispiele aus dem Kreise der Aufsichtsräte der Feldmühle:

Das Aufsichtsratsmitglied der Feldmühle Rechtsanwalt Lammers, sitzt in 12 Gesellschaften, Dr. Paul Marx in 11, Doktor Helmuth Köpfer ebenfalls in 11, Kommerzienrat Klages in 6, sein Kollege Paul Stahl ebenfalls in 6 und Dr. Rudolf Schreiber allerdings nur in 2 Gesellschaften als Aufsichtsratsmitglied. Dabei haben diese Herrschaften als Direktoren, Fabrikbesitzer und Unternehmensinhaber auch sonst noch ganz erkleckliche Einnahmen. Wenn also schon gepart werden sollte, so war es zweifellos am Platze, bei diesen Schwerverdienern anzufangen, anstatt der Arbeitererschaft ihre Hungerlöhne und ihre Vorkosten aus der sozialen Fürsorge bei teilweiser oder vollkommener Erwerbslosigkeit vorzuerwerfen. Wenn die Arbeitererschaft derartige Einkommen hätte, wie ihre Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder, dann könnte sie selbstverständlich mit Freuden auf die staatliche und öffentliche soziale Fürsorge verzichten, dann brauchte sie auch nicht unter der Führung ihrer Gewerkschaften mit den Unternehmern wegen der Löhne ständig herumzuzetteln.

Unter der Führung des deutschsprachigen und stark nationalsozialistisch eingestellten kaufmännischen Generaldirektors Voelkemann hat sich die Leitung der Feldmühle in den letzten Jahren zum schlimmsten Scharfmacher und Arbeiterfeind herausgebildet.

Die Feldmühlen-Direktoren leisten nicht nur bei den bezirklichen Lohnverhandlungen den schärfsten Widerstand, sie sind auch angewiesen — anders kann ihr Verhalten nicht beurteilt werden —, in den einzelnen Betrieben die Akkord- und Prämienfrage auf ein unerträgliches Maß herabzusetzen. In Hohenkrug hat man das Bedienungssystem eingeführt. Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Höchstleistung nach diesem System nicht herausbringen, werden rückwärtslos auf das Straßenpflaster geworfen, selbst wenn sie Jahrzehnte im Betrieb beschäftigt waren.

Trotzdem die Feldmühle einen großen Teil ihrer auf dem Inlandsmarkt abgesetzten Druckpapier-Produktion auf dem Umweg über das Syndikat auch an Arbeiterzeitungen liefert, wurden in diesem Jahre ihre Direktoren angewiesen, der Arbeitererschaft anzudrohen, daß sie entlassen und ausgesperrt würde, wenn sie es wagt, den 1. Mai zu feiern.

Die Feldmühle ist auch Lieferantin vieler staatlicher Behörden. Sie steckt das Geld der Republik sehr gern ein, scheint aber sonst recht republikfeindlich zu sein. Im Jahre 1930 erob der Dortmunder „Volkswacht“ in aller Öffentlichkeit den Vorwurf, daß die Direktion der Feldmühle die Sportschule in Witrow finanziell unterstützt. In dieser Sportschule werden nach der Mitteilung des Dortmunder Generalanzeigers „staatsfeindliche Elemente des Stahlwerks und der Nationalsozialisten militärisch zum Kampfe gegen die Republik ausgebildet. Uns ist nicht bekannt, daß sich die Direktion der Feldmühle von diesem öffentlichen Vorwurf schon gereinigt hätte, trotzdem sie auch vom Druckpapier-Syndikat darauf aufmerksam gemacht wurde.

Die Färbung gelber Werkereine gehört zum Lieblingsgebiet der Feldmühlen-Direktion. Bereits vor einigen Jahren wies Herr Voelkemann in einer tarifratischen Schiedssitzung darauf hin, daß es nur sein guter Wille sei, wenn er mit den Vertretern der Gewerkschaften noch verhandele, da in seinem Betriebe ein großer Teil der Arbeiter dem gelben Pommerischen Landarbeiterband angehöre. Während früher in Odermünde Stahlhelm Trampf war, haben sich heute die Nationalsozialisten ungehindert aus. Der letzte Rest von Arbeiterfreundlichkeit ist aus der Feldmühlen-Direktion längst entschwunden. Nur so ist es zu verstehen, daß man am liebsten die ganze Last der Wirtschaftskrise auf die Konzern-Arbeitererschaft abwälzen möchte und deshalb zur Hege gegen Tariflöhne und Sozialpolitik greift.

Verschiedene Industrien

Hausgewerbetreibende sind handwerkskammerfrei.

Aus der Handwerks-Novelle vom 4. Februar 1929 geht hervor, daß Hausgewerbetreibende nicht in die Handwerksrollen eingetragen werden sollen. Dieses folgt aus der Bestimmung, daß Hausgewerbetreibende nicht mehr wie bisher Zwangsmittelglieder der Innung, sondern nur gemäß § 100g R.O. freiwillig Innungsmittelglieder werden können. Mitglieder der Innung können aber nur alle in die Handwerksrollen eingetragene Personen sein (§ 100f R.O.). Die Handwerksnovelle macht also hinsichtlich des Innungszwanges einen Unterschied zwischen den in der Handwerksrolle eingetragenen Personen und Hausgewerbetreibenden. Daraus folgt, daß Hausgewerbetreibende auch nicht gegen ihren Willen in die Handwerksrollen eingetragen werden können.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Handwerksnovelle hat der Reichsarbeitsminister zur Klärung der bezüglichen Bestimmungen (§ 100f R.O.) folgendes bestimmt:

1. Hausgewerbetreibende sind nicht in die Handwerksrollen einzutragen, da sie keine selbständigen Handwerker im Sinne der gesetzlichen Vorschriften sind.
2. Hausgewerbetreibende sind nicht beitragspflichtig zur Handwerkskammer.
3. Wenn schon einem Hausgewerbetreibenden der Beitritt zur Innung bzw. zur Zwangsinnung seines Gewerbes und die Annahme eines Innungsgesellen unbenommen bleibt, kann aber hieraus weder eine Eintragung für die Handwerkskammer noch die Mitgliedschaft zur Handwerkskammer begründet werden.

Trotz dieser klaren erläuternden reichsministeriellen Bestimmungen gibt es eine Reihe Handwerkskammern und auch Stadtvorstände, die die Hausgewerbetreibenden als Handwerker ansehen und sie im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen in die Handwerksrollen eintragen.

Gegen die ungerechtfertigte Eintragung von Hausgewerbetreibenden in die Handwerksrollen ist vielerorts Einspruch erhoben worden. Nunmehr liegen einige Entscheidungen vor, durch welche bestätigt wird, daß Hausgewerbetreibende handwerkskammerfrei sind. Nachstehend bringen wir sinngemäß einiges aus den Entscheidungen:

Im Falle des Hausgewerbetreibenden H. W. in Erfurt gegen die Handwerkskammer daselbst liegt der Sachverhalt wie folgt:

Die Handwerkskammer will den H. W. in die Handwerksrolle eintragen. H. W. hat dagegen Einspruch erhoben mit der Begründung, er sei Hausgewerbetreibender, nicht selbständiger Handwerker, und deshalb nicht in die Handwerksrolle einzutragen. Der Stadtausschuß hat unter dem 23. August 1930 entschieden, daß der Kläger in seiner Eigenschaft als Hausgewerbetreibender nicht in die Handwerksrolle einzutragen sei. Wegen diese Entscheidung hat die Handwerkskammer rechtzeitig Berufung eingelegt. Nunmehr hatte sich der Bezirksausschuß in Erfurt mit der Angelegenheit zu befassen und hat in seiner Sitzung vom 30. Januar 1931 für Recht erkannt, daß die Berufung gegen den Bescheid des Vorsitzenden des Stadtausschusses zu Erfurt vom 23. August 1930 zurückgewiesen wird. Damit ist der Bezirksausschuß der Entscheidung des Stadtvorstandes beigetreten.

Zur Begründung seiner Auffassung hat der Bezirksausschuß Erfurt gesagt:

Es ist unstrittig, daß der Kläger Hausgewerbetreibender ist. Als zur Handwerksnovelle waren die Hausgewerbetreibenden unter Umständen zwangsinnungspflichtig. Durch die Handwerksnovelle wurde erreicht, daß die Hausgewerbetreibenden nicht mehr zwangsweise, sondern nur noch freiwillig Innungsmittelglieder werden können. Dieser von der Handwerksnovelle, nach deren Begründung mit Rücksicht auf die unstrittige Stellung des Hausgewerbetreibenden gewollte Erfolg würde aber mindestens zum Teil vereitelt werden, wenn Hausgewerbetreibende in die Handwerksrollen eingetragen würden, denn dann müßten gemäß § 100f R.O. in der Fassung der Handwerksnovelle die eingetragenen Hausgewerbetreibenden der zuständigen Zwangsinnung angehören, und es wäre dann gerade das, was durch die Änderung des § 100f Satz 1 und § 100g Absatz 1 Satz 1 grundsätzlich erreicht werden sollte, zum Teil illusorisch gemacht.

Im Falle des Hausgewerbetreibenden K., Berlin, gegen die Handwerkskammer Berlin liegt der Sachverhalt folgendermaßen:

Gegen die Eintragung in die Handwerksrolle hat K. Einspruch erhoben. In seiner Entscheidung hat der Stadtvorstand von Berlin erkannt, daß der Einspruchende als Hausgewerbetreibender nicht in die Handwerksrolle einzutragen ist. Hiergegen wurde von der Handwerkskammer Berufung eingelegt, während der Einspracheinlegung Abweisung der Berufung beantragte.

Den Ausführungen des Stadtausschusses ist das erkennende Verwaltungsgericht beigetreten. Nach § 104a der Reichsgewerbeordnung sind in die Handwerksrollen diejenigen Gewerbetreibenden einzutragen, die in dem Bezirk der Handwerkskammer selbständig ein Handwerk als stehendes Gewerbe ausüben. Die Handwerkskammer vertritt den Standpunkt, daß der Betrieb des Klägers alle Merkmale des Handwerksbetriebes eines selbständigen Gewerbetreibenden aufweise. Dieser Ansicht vermochte sich der Bezirksausschuß nicht anzuschließen. Unter einem selbständigen Gewerbebetrieb versteht man im allgemeinen solchen, den jemand für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit betreibt. Das ist bei dem K. nicht der Fall; er hat kein Warenlager, arbeitet keine Stücke auf Vorrat, vertreibt infolgedessen seine Erzeugnisse auch nicht selbständig und hat demgegenüber auch keinen Unternehmergewinn. Seine Tätigkeit besteht vielmehr darin, daß er von Firmen den Auftrag erhält, eine bestimmte Anzahl Gegenstände für einen bestimmten Preis herzustellen. Die hierzu erforderlichen Stoffe und Zutaten erhält er gleichfalls von dem Auftraggeber. Auf die Preisgestaltung hat er keinen Einfluß, da Löhne und Preise durch einen Reichstarifvertrag geregelt sind.

Wenn hiernach auch zugegeben ist, daß er unter eigener Verantwortlichkeit den Betrieb führt, so kann doch bei dieser Sachlage von einem Gewerbebetrieb auf eigene Rechnung keine Rede sein. Er beschafft kein Betriebskapital, er veranfert nicht seine Produkte selbständig, er erzielt keinen Unternehmergewinn und trägt auch nicht die aus der Produktion sich ergebenden Verluste. Das sind aber die hauptsächlichsten Merkmale eines Gewerbebetriebes auf eigene Rechnung. Der Kläger ist demnach, wie er zutreffend behauptet, ein Hausgewerbetreibender. Unter diesen sind solche selbständigen Gewerbetreibenden zu verstehen, die in eigenen Betriebsverhältnissen im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden. Diese Begriffsdefinition ist in der Reichsversicherungsordnung (§ 162) gegeben. Der Bezirksausschuß trägt indessen mit Landmann-Rohmer, Band I, Teil 1, Seite 172, keine Bedenken, diesen Begriff als einen einschließlichen in der gesamten Reichsgewerbeordnung anzusehen und mangels einer Definition in der Gewerbeordnung auch auf dem Gebiete dieser Gesetzgebung anzuwenden.

Chemische Industrie

Der Geschäftsabluß des I.-G. Farben-Trustes.

Es scheint bei der I.-G. Farbenindustrie Tradition geworden zu sein, nicht mehr als unbedingt notwendig über den Stand des Unternehmens der Allgemeinheit mitzuteilen. So ist auch der diesjährige Bericht in vielen Dingen unübersichtlich, was insbesondere auch von den wirtschaftlichen Fachzeitschriften stark kritisiert wird.

Vorweg kann gesagt werden, daß trotz der schweren All-gemeinkrisis das Unternehmen der I.-G. Farbenindustrie wirtschaftlich gesund ist und daß es durch geschickte Regie und straffe Zentralisation auch in Krisenzeiten mit bedeutenden Gewinnen gewirtschaftet hat.

Aber die produktions-technische Gestaltung führt der Bericht folgendes aus:

Das Geschäftsjahr 1930 hat entsprechend der Verschärfung der Wirtschaftskrise, die in der ganzen Welt dem Vorjahr gegenüber eintrat, auch für die Gesellschaft und die nachstehenden Unternehmungen im Umfang und Ertrag zwangsläufig einen Rückgang gebracht. Trotzdem geht aus dem Bericht hervor, daß gegenüber der allgemeinen Krisenentwicklung sich die gesamten Produktionszweige der I.-G. Farbenindustrie behauptet haben. Der Abfall in Farbstoffen und Färberei-Hilfsprodukten, der durch die Krise in der Textilindustrie stärker belastet war, hat für diese Produkte eine Verminderung des Absatzes gebracht, der aber durch günstigere Konjunkturbedingungen für andere Abnehmer wichtiger Spezialindustrien einen Ausgleich bringen konnte. Gemessen an dem Rückgang des Weltwarenhandels zeigt jedoch das Farbensgeschäft eine verhältnismäßig gute Widerstandskraft. Der Rückgang an Farbstoffen für die wichtigsten Produktions-länder weist gegen 1929 eine Senkung um circa 10 Prozent aus. Der deutsche Anteil zeigt sogar einen gewissen Auftrieb. Die Abkommen mit der französischen und schweizerischen Farben-industrie haben sich in der Zeit der Krise als gute Stützpunkte für den Export erwiesen. Günstig hat sich dieses Bündnis für den Absatz im Fernen Osten erwiesen. Der Ausbau der Qualitäten nimmt seinen Fortgang. In dieser Hinsicht bestehen heute sehr günstige Aussichten für die zukünftige Entwicklung.

Auf dem Gebiete der anorganischen Erzeugnisse, organischen Zwischenprodukte, Lösungsmittel und Leichtmetalle konnte die Aus-wicklung der Wirtschaftskrise durch fabrikkarozische Maßnahmen und durch Schaffung neuer Verwendungszwecke fast restlos ausgeglichen werden. Es war sogar möglich, für einzelne Zweige den Absatz zu steigern. Durch Einführung einiger neuer Produkte wurde ein wesentlicher Auftrieb erzielt. Künstliche Gerbstoffe, Floations-chemikalien und Kollodiumwollen haben sich gut eingeführt.

Die autogenen Schweißverfahren sind mit Erfolg ausgebaut worden. Günstig war das Geschäft in Pharmazeutika und Pflanzen-schutz, die sich den Markt im Ausland erobert haben.

Das Geschäft in Spezialitäten (pharmazeutische, medizinische Heilmittel) hat sich besonders günstig entwickelt. Hormonpräparate, Malaria-Heilmittel u. a. Monopolfabrikate konnten gut abgesetzt werden. Die Serumpräparate und veterinär-medizinischen Produkte sind stark gefragt.

Die Serum-Anlagen in Marburg sind weiter ausgebaut worden. Der Absatz in Riechstoffen hält sich auf der Höhe des Vorjahres.

Die photographische Produktion hat im Inland trotz der un-günstigen Witterung in den Ferienmonaten gute Erfolge erzielt. Einige neue Filmspezialitäten, sowie Apparate haben vollen Erfolg gehabt. Die Filmproduktion ist heute die qualitativ beste in Europa.

Auf dem Gebiete der Kunstseide ist der Absatz mengenmäßig gehalten worden, trotzdem die Krise in der Kunstseidenindustrie heute noch nicht überwunden ist. Während der Kampf der Kunstseide-produzenten zum Teil starke Verluste durch Preisdruck brachte, konnte die I.-G. Farbenindustrie dem Rückgang der Preise durch weitere Rationalisierung des Produktionsprozesses und durch die Herstellung von Seiden von höherem Verkaufswert begegnen.

Die internationale Überproduktion am Stickstoffmarkt wirkt sich auch bei der I.-G. Farbenindustrie aus, doch konnte die I.-G. als Hauptinteressent durch den Zusammenschluß der Stickstoff-industrie im Stickstoffkartell ihre Position behaupten. 98 Prozent der Stickstoffproduktion in Deutschland, 80 Prozent der Welt-produktion sind heute vertragsmäßig gebunden. Während sich der Absatz für schwefelhaltiges Ammoniak und Kalksalpeter rückläufig entwickelt hat, konnten die Nitroschmelzen eine beträchtliche Steigerung erfahren. Stickstoff für technische Zwecke erleit eine Absatzveränderung infolge der Weltwirtschaftskrise sowie der er-höhten Weltstickstoffproduktion.

Ein besonderes Kapitel findet die Entwicklung der Hydrier-anlagen (Kohleverflüssigung). Durch neue Erfahrungen und tech-nische Erkenntnisse konnte der Produktionsprozeß verbilligt werden, die Produktion soll jedoch infolge der scharfen Brennstoffkonkurrenz nicht rentabel sein. Die Weltinteressen der I.-G. Farbenindustrie auf dem Gebiete der Hydrierung sind weiter ausgebaut und konzentriert worden.

Es zeigt sich zusammenschließend, daß trotz scharfer internationaler Konkurrenz in den verschiedensten Ländern die I.-G. Farbenindustrie produktions-technisch ihre Stellung behauptet hat. Wenn auch in einzelnen Produktionszweigen die Absatzentwicklung einen geringen Rückgang zeigt, so sind diese Verluste auf anderen Arbeitsgebieten ausgeglichen worden. Namentlich durch Verbesserung und Steige-rung der Spezialitätenproduktion sind sicherlich neue Einnahme-quellen geschaffen worden, die glänzende Gewinne abwerfen.

Während so trotz der Wirtschaftskrise die Produktions-entwicklung bei der I.-G. Farbenindustrie als günstig bezeichnet werden muß, hat sich für die Arbeiter dieses Unternehmens die Krise äußerst ungünstig ausgewirkt. Die Gesamtzahl der in den I.-G.-Werken Beschäftigten beträgt ungefähr heute noch 60 500 Arbeiter, mit Angestellten etwa 80 000. Trotzdem hätten weitere 8000 bis 9000 Arbeiter entlassen werden müssen, wenn in den Betrieben die Kurzarbeit nicht eingeführt worden wäre. Es soll dadurch möglich geworden sein, sogar noch weitere 1000 Arbeiter einzustellen. Uns ist bekannt, daß trotzdem wiederum seit März d. J. in Lennawerk etwa 500 Arbeiter infolge Teilmilligung der Hydrieranlagen ent-lassen worden sind.

Insgesamt sind in den Betrieben der I.-G. Farbenindustrie unter Einfluß der Kräfte sowie in den von der I.-G. Farben-industrie kontrollierten Werken nach dem Stand vom 31. Dezember 1930 114 197 Arbeiter und Angestellte be-schäftigt gewesen.

Aber das finanzielle Ergebnis bieten die vorliegenden Zahlen nur ein Bild in groben Umrißen. Es konnte wieder eine Dividende von 12 Prozent verteilt werden. Das dividendenberechtigte Aktienkapital hat sich um 85,6 Millionen Mark auf 713,7 Millionen Mark vermindert.

Die Verminderung des Aktienkapitals ist hervorgerufen durch Kurzurückkäufe von Aktien sowie durch Aktientransaktionen des Trustes. Es handelt sich dabei nicht um Verluste, sondern um eine große Umbuchung des Trustes. Mit Unterstützung der Banken hat die I.-G. Farbenindustrie, um den Kurs der

I.-G.-Aktien zu stützen, erhebliche Mengen ihrer Aktien zurückgekauft. Das ist nicht etwa ein Nachteil, sondern sogar noch ein Vorteil für die I.-G. Farbenindustrie, da diese Aktien umgetauscht werden können in solche der Internationalen Ge-sellschaft für Chemische Unternehmungen (I.-G. Chemie) Basel, die größere Beweglichkeit an den ausländischen Börsen haben. Von dieser Maßnahme profitieren im erheblichen Umfange die Aktionäre der I.-G. Farbenindustrie.

Außerdem wurden große Mittel aufgewandt, um die Ver-rippung mit der Bergbaubranche, an der das Chemiekapital heute ein großes Interesse hat, weiterzutreiben. Im Jahre 1930 wurden nominell etwa 24,71 Millionen Mark Aktien der I.-G. Farbenindustrie von den Rheinischen Stahlwerken in Essen übernommen. Diese erhielten dafür etwa 41,19 Mil-lionen Mark Aktien der A. Riebeck'schen Montanwerke, AG., Halle. Damit muß fast das gesamte Kapital von Riebeck, das 50 Millionen Mark beträgt, in den Besitz der I.-G. Farbenindustrie übergegangen sein.

Der Rohertrag beträgt eigentümlicherweise nach Abzug der Lohn- und Gehaltskosten etwa 217,4 Millionen Mark gegen 256,4 Millionen Mark im Vorjahr. Der Reingewinn beträgt diesmal 95,16 Millionen Mark gegen 104,59 Mil-lionen Mark im Vorjahre.

Trotzdem die Abschreibungen von 70,4 auf 56,4 Millionen Mark reduziert wurden, sind sie relativ hoch, wenn man be-rücksichtigt, daß die Neuanlagen von 120 auf 50 Millionen Mark herabgesetzt worden sind. Die Bankguthaben sind von 136,8 auf 139,3 Millionen Mark gestiegen. 12,2 Millionen Mark Bankschulden wurden zurückgezahlt. Die Guthaben be-tragen 442,2 Millionen Mark, während die Schulden mit 297,3 Millionen Mark ausgewiesen werden. Die Finanzlage der Gesellschaft ist mithin trotz der Wirtschaftskrise sehr be-weglich. Bei Auszahlung der 12prozentigen Dividende ist gegen 95,9 Millionen Mark im Vorjahre eine Dividendensumme von 85,6 Millionen Mark erforderlich. In dieser Hinsicht ergeben sich weitere Ersparnisse der I.-G. Farbenindustrie.

In der demokratisierten Wirtschaft ist der Gemeinnutzen maßgebend.

... Die Demokratie setzt aber auch die Vorstellung eines Gemeinwesens voraus. Wir können uns keine politische Demokratie vorstellen, ohne daß wir an den Staat denken. Der Staat aber ist ein Gemeinwesen, d. h. eine über allen einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinnutzen ausdrückt. Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie ist daher erst erfüllt, wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr einzelnen zu Privat-eigentum für private Zwecke zusteht, sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaft-lichen Gemeinnutzen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen einzelner, sondern der Gemein-nutzen bestimmend ist.

Frühkapital („Wirtschaftsdemokratie“, Verlagsgesellschaft des WGB, Berlin).

So ist die Finanzlage des I.-G. Farbentrustes auch im Zeichen der Wirtschaftskrise äußerst günstig, sie ragt weit über den allgemeinen Durchschnitt hinaus, ein Umstand, der der Geschäftsleitung und den Kreisen, die nicht genug von Wirtschaftsnof jammern können, bereits seit längerer Zeit starke Bauchschmerzen verursacht. Hat doch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ bereits Bekleidungen, in welcher Weise sich diese Entwicklung der I.-G. Farbenindustrie auf die Öffentlichkeit auswirkt, indem sie schreibt:

„Dazu gehört vor allem die Betrachtung der Dividendenpolitik der I.-G. als des größten deutschen privaten Unternehmens im Zusammenhang mit der allgemeinen Ertragsentwicklung der deutschen Wirtschaft, besonders mit der Dokumentierung der deutschen Wirtschaftsnof, die im Hinblick auf eine Revision unserer Außenbelastung eine aktuelle Bedeutung hat. Aber schließlich wäre eine Demonstration, die in einer Dividendenermäßigung läge, gerade im Ausland wenig überzeugend, da dieses Anhaltspunkte genug für eine Abschätzung der tatsächlichen Ertragsverhältnisse hat. Es wäre also sozusagen das Odium in Kauf zu nehmen, daß ein großer deutscher Wirtschaftskomplex für seinen Teil eine über dem Durchschnitt liegende günstigere Position ausweisen muß.“

Aber auch die Arbeiter betrachten das Ergebnis des Farbentrustes mit offenen Augen. Ist es ein Wunder, daß die Erbitterung in den Reihen der Arbeiterschaft der chemischen Industrie dauernd wächst? Wenn auch die Verwaltung der I.-G. Farbenindustrie erklärt, daß bei Entlassungen wesentliche finanzielle Hilfen gewährt wurden, so wird damit die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß man, namentlich älteren Ar-beitern, die Beschäftigungsmöglichkeit für Jahre, vielleicht für immer, genommen hat.

Die in Arbeit Stehenden aber wissen: Bei gesteigerter Produktion trotz wesentlichem Arbeiterabbau sind die Ein-künfte des Trustes kaum geschmälert worden. Durch Ratio-nalisierung und Einführung von neuen Arbeitsmethoden ist die Arbeitsleistung dauernd gestiegen. Die Entwicklung der Produktion ist schwer abzuschätzen, aber wenn wir vergleichen, daß im Jahre 1928 in den Chemiebetrieben der I.-G. Farben-industrie noch etwa 114 000, Ende 1930 jedoch nur noch etwa 80 000 Menschen beschäftigt waren, so ist damit festgestellt, daß heute von bedeutend weniger Arbeitern die vielfältige Arbeit in den Betrieben bewältigt werden muß. Das bringt gewaltige „Ersparnisse“ für die I.-G. Farbenindustrie, wenn im Laufe eines einzigen Jahres etwa 60 Millionen Mark an Lohn eingespart werden.

Alles in allem müssen wir feststellen, daß sich die Kurve der Geschäftsentwicklung der I.-G. Farbenindustrie aufwärts und die der finanziellen Lage der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie bedenklich abwärts bewegt. Dabei ist be-kannt, daß die Leitung des Trustes unter Einsatz ihrer wirt-schaftlichen Macht versucht, die für sie günstige Wirtschaft-slage gegen die Arbeiter weiter auszunutzen, indem sie maß-gehend an entscheidender Stelle den Kampf der deutschen Ar-

beitgeber für soziale und wirtschaftliche Verschlechterung der Lage der Arbeiter unterstützt. R. Segerer.

Ordnung auf dem Weißfarben-Markt.

Im Rahmen der Bestrebungen, einwandfreie, garantiefähige Anstrichmittel in Gemeinschaftsarbeit von Erzeugern, Händ-lern und Verbrauchern zu schaffen, sind neuerdings vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) Liefer-beingungen für Titanweiß fertiggestellt worden. Diese enthalten neben Qualitätsvorschriften die wichtigsten Liefer-beingungen, wie Bemessung, Verpackung und Probe-nahme sowie Prüfverfahren. Bereits früher sind ent-sprechende Lieferbedingungen für Zinkweiß und Sulfat-bleiweiß zustande gekommen, die sich in der Praxis bereits ein-geführt haben. Nach Durchführung entsprechender Maßnahmen auch für Lithopone und Karbonatbleiweiß könnten diese vom Reichslaboratorium für Wirtschaftliche geprüften Vereinheit-lichungsbestrebungen auf dem Gebiete der Weißfarben als abge-schlossen angesehen werden, was bei der Bedeutung der Weiß-farben als Anstrichmittel (Sachwerterhaltung) sicherlich allgemein zu begrüßen wäre.

Wirtschaftliches.

Die Wohnung der Zukunft.

Auf der mit der Deutschen Bauausstellung in Berlin verbundenen Internationalen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen wird eine Reihe von Forderungen für jede Wohnung, für jedes Grundstück und für jede Siedlung erhoben, die so wichtig sind, daß wir sie hier stichwortartig zusammengefaßt wiedergeben.

Für jede Wohnung wird gefordert:
Ein halbes Jahr Mittagssonne!
Wohnungen nur in querlüftbaren Vordergebäuden oder Zeilen!

Ausreichende Mindestgrößen für Wohn- und Schlafraumel Fernhaltung von störenden Gewerbebetrieben, die Rauch, Ruß oder Lärm erzeugen; ferner ausreichende Schallschließung der Wohnräume!

Gute Konstruktion, solide Bauweise bei nicht zu hohen Gesehungskosten!

Aus Gesundheitsgründen keine Dach- und Kellerwohnungen! Fort mit Seitenflügeln und Hinterhäusern, die den Wohnungen Licht und Luft nehmen!

Für jedes Grundstück wird gefordert:
Die Bebauung darf nur im Rahmen des Gesamtbebauungs-planes für den betreffenden Block erfolgen!

Lichtlose Höfe, Seiten- und Hintergebäude dürfen nicht errichtet werden.

Die häßlichen, den Nachbargrundstücken zugekehrten Brandmauern müssen in Zukunft vermieden werden!

Für jede Siedlung wird gefordert:
Große Hausabstände!

Vorgärten oder Rasenflächen als Schutz gegen Staub, Lärm, Erschütterung sowie für künftige Straßenerweiterungen! Etwa notwendige Höfe sollen zu Gärten und Kinderspiel-plätzen umgestaltet werden.

Die Baudichte ist herabzusetzen und durch General-bebauungspläne die einheitliche Gestaltung der Blocks zu gewährleisten.

Wenn auch der vollständigen Durchführung dieser durchaus berechtigten Forderungen noch schwere Hemmnisse entgegen- stehen, kann doch vieles schon heute bei der Neubebauung von Grundstücken und der Schaffung von Siedlungen durch die Verantwortlichen Baubehörden getan werden. Und über die Baubehörden hinaus müssen sowohl die Architekten wie auch die Bauunternehmer immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß ihre Tätigkeit nicht nur ein eigen-williges Gestalten irgendwelcher Bauten sein darf, sondern daß sie sich unterzuordnen haben unter die zum Wohle der Bevölkerung notwendigen wohnungshygienischen Forderungen und die großen städtebaulichen Gesichtspunkte. H.W.

Der Welthandel im Jahre 1930.

Die Zahlen über den Weltandel, die in dem ersten Maiheft von „Wirtschaft und Statistik“ bis Ende des Jahres 1930 fort-geführt werden, werfen auf die Weltwirtschaftskrise ein scharfes Licht. Es zeigt sich, daß der Weltandel im Jahre 1930 um 19,6 Prozent, d. h. ungefähr um ein Fünftel, gegenüber dem Vor-jahr abgenommen hat. Allerdings bezieht sich diese Zahl nur auf den Wert der umgesetzten Güter, die Abnahme ist also in erster Linie durch den starken Preisrückgang verursacht; nimmt man diesen mit 10-12 Prozent an, so verbleibt aber noch immer ein 7-prozentiger Rückgang, auch was die Mengen des Weltandels betrifft. Besonders auffällig sind die Verschiebungen, die die Krise der Rohstoffmärkte, insbesondere die Agrarkrise verursacht hat. Der Zusammenbruch der Rohstoffpreise kam vor allem Europa zugute. Die Passivität der europäischen Handelsbilanz hat sich wesentlich vermindert, um 14,3 Prozent, weil die Einfuhrgüter für Europa stärker im Preis gesunken sind als die Ausfuhrgüter. Nicht zuletzt wurde das durch die starke Aktivierung der deutschen Handelsbilanz, die im vergangenen Jahr allein um 1,28 Milliarden Mark zugenommen hat, verursacht. Im ganzen ergibt sich, daß der Umsatz von 25 europäischen Ländern nur um 14 Prozent zurück-gegangen ist gegenüber dem 23prozentigen Rückgang der außer-europäischen Länder. Der Anteil Europas am Weltandel ist also auch im Jahre 1931 weiter gestiegen. Eine beachtenswerte Sonderbewegung zeigt der Handel von Rußland, das (außer Li-tanen) als einziges Land sowohl seine Ausfuhr wie seine Einfuhr erheblich zu steigern vermochte. Das konnte durch die starke För-derung der Ausfuhr von Getreide, Holz und Rapphaprodukten erreicht werden, die sich dann in eine gesteigerte Einfuhr von Pro-duktionsmitteln umgekehrt hat. Besonders hervorzuheben ist, daß der Aufschwung, der immer im letzten Jahresviertel zu erfolgen pflegt, im Jahre 1930 vollkommen ausgeblieben ist. Daran ergibt sich auch für die Fortentwicklung des Weltandels und der Wirt-schaftskonjunktur überhaupt kein günstiges Bild.

Die Gesamteinfuhr ging von rund 120 Milliarden auf 98 Mil-liarden zurück, die Gesamtausfuhr von rund 115 Milliarden auf rund 91 Milliarden Mark. Prozentmäßig erlitt die Weltausfuhr einen Rückgang um 18,9 Prozent, die Weltausfuhr um 19,9 Pro-zent. Vom Einfuhrrückgang waren besonders stark betroffen die Vereinigten Staaten mit 30,4 Prozent, Japan mit 30,3 Prozent und Frankreich mit 22,7 Prozent. Was den Ausfuhrrückgang anlangt, stehen unter den größeren Wirtschaftsländern die Vereinigten Staaten mit 26,7 Prozent und Japan mit 31,8 Prozent an der Spitze. Es folgen Großbritannien mit 21,8 Prozent, Italien mit 20,4 Prozent, während die deutsche Ausfuhr nur einen Rückgang um 10,7 Prozent aufweist.

◆ ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆ ◆

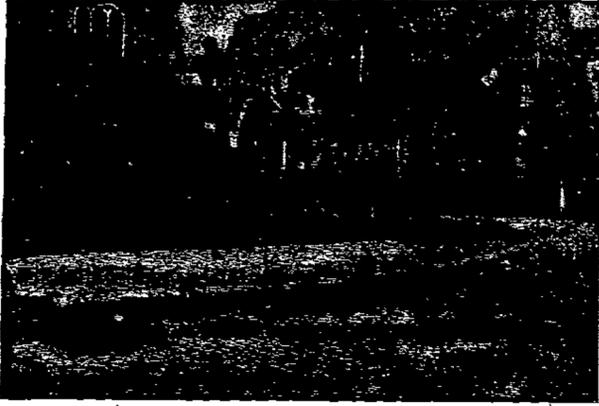
Madonna im Segesfeuer.

Aus dem Kriegstagebuch einer Frau.
Von Heinz Bach.

Vorwort.

Es ist vielleicht heute nicht mehr aktuell, vom Kriege zu reden, und mir als jungem Menschen steht es wohl nicht an, über ihn zu schreiben oder zu polemisieren. Ich war ja noch ein kleiner Bub, als dieses sinkende Gespenst aus Dreck, Hunger, Feuer, Feldentam und Feigheit, höllischen Drabstlebern und armen Kreaturen über das moribunde Europa stampfte und die Menschen aufhob. Man will es vergessen, und blind wie ehedem stolpert die Menschheit ihren Schicksalsweg weiter.

Ist das Schicksal des einzelnen Menschen so wichtig? Sein Leid nicht wüßig, gemessen an dem Elend seiner Brüder? Vielleicht — und doch hat der ernsthaft Strebende und Kämpfende ein Recht darauf, daß man ihn anhört, Anteil an seinem Schicksal nimmt, denn wenn wir ehrlich sind, erkennen wir in ihm ein Teil unserer selbst. Mag auch die äußere Form des Erlebten verschieden sein, immer und immer wieder müssen wir uns in den Stunden stiller Einkehr eingestehen, daß es nur das



Was hier liegt, war ein Mensch.

große Leid ist, die Not und das Elend, welches jeden Menschen zwingt, sich zu erkennen zu geben. Dann fallen alle künstlichen Schranken. Mensch redet zu Mensch, Bruder zu Bruder.

Es ist ja nur das Schicksal einer Frau, das ich hier erzähle. Ich muß sie wohl kennen, — denn sie war meine Mutter. Ich habe keinen Menschen so geliebt wie sie. Hart auf hart haben wir uns oft gegenübergestanden. Ich weiß nicht, was Schuld war, daß wir jahrelang aneinander vorbeigeleitet haben. Vielleicht hatten wir zu viel Gemeinsames im Charakter, was uns trennte, — aber waren die unglückseligen äußeren Umstände daran schuld? Sie war oft von einer unbegreiflichen Härte, und sie hätte nicht eher, als bis sie ihr Recht und ihre Meinung durchgesetzt hatte.

Wenn ich manchmal aus der Schule kam und stolz sagte: „Matthäi Deutsch 1, Französisch 1, — — — und der letzte Aufsatz ist auch wieder in den Rosten gebüßelt worden!“ — — — dann fragte sie: „Und Mathematik?“ — — — „A“, erwiderte ich. „Jauchzelt!“ Hart und streng kam es von ihren Lippen. „Du bist arm! Hörst du? Verstehest du, was das heißt, arm zu sein? Du hast nichts als deinen Kopf! Hörst du?“ Mit einem so selbstamen, strengem und oftmals doch liebevollen Blick schaute sie mich an, und wenn ich ihr dann lange in die Augen sah, konnte ich nichts erwidern. „Pflicht“ hallte es mir noch heute in den Ohren, wenn ich an meine Kindheit denke. Mutter bargte mit Loh, und wenn ich einmal aufwachte und frohig erwiderte: „Ausgerechnet ich muß alles besser machen als meine Kameraden, — immer ist es dir nicht genug, was ich tue, — bei mir soll alles Pflicht sein!“ — — — dann erwiderte sie mir: „Hast du vergessen, was ich dir gesagt habe?“ Nur einmal, als ich das erste, durch Nachhilfestunden erlangte selbstverdiente Geld nach Hause brachte, lächelte sie und sprach: „Brav, mein Junge.“ Das war alles. Wie gut kann ich sie heute verzeihen, doch damals erschien es mir ungerecht und hart.

Als dann die furchterliche Zeit kam, wo ein fremder Mann in das Leben meiner Mutter trat, und wo sie oftmals vergaß, daß sie ein Kind hatte, das nach Liebe hungerte und nicht nur von gutem Essen allein satt wurde. Aber das darf ich nicht erzählen, denn ich will ja nicht anklagen. Wir Menschen sollten uns doch angewöhnen, soweit es uns gefasst ist, aus allem nur das Gute und Schöne festzuhalten, denn Bitteres genug hat das Schicksal für jeden einzelnen von uns übrig.

Es gab eine Zeit, in der ich trotz meiner Jungenkrankheit Kohlen brachte, weil die Heimat keinen Platz und keine Arbeit für mich hatte, und weil ich Herr dort mein Recht suchte, wo man niemals Recht erhält. Recht und Gesetz sind häufig zweierlei. Man hat mich ins Gefängnis gesteckt, obwohl ich nichts verbrochen hatte und nur aus irgendwelchen unklaren, überden Köpfen heraus meinen ephemerischen Namen haben wollte, — — — und in diesen einseitigen Nächten, die trotz allem guten Willens meinerseits niemals aufgehoben sein werden, habe ich gewußt, was es heißt, unteilhaftig gehoren zu sein. Trotz Humanität und angeblicher Vortrefflichkeit (es sei denn, man hat Geld!).

Ich wußte jetzt, was Mutter ausgehalten hatte, als sie, der ganzen Familie zum Trost, eine aufgezwungene Heirat ablehnte und sich zu ihrem Kind bekannte. Immer ist sie ihren eigenen Weg gegangen und hat sich wenig um das Geschick und um die Meinungen jener Leute gekümmert, die immer Angst vor ihrer eigenen Einsamkeit haben; jenen Halbem und Laren, die sich wohl eigentlich gebürden, ohne jedoch nur einmal etwas Gutes zu tun, die immer in der Herde bleiben und nur durch lautes Gebälke auffallen.

Wenn diese Frau, der diese Zeiten gemeldet sind, auch auf der Erde geliebt ist und früh ins Gras beißen mußte, so hat sie dennoch nicht einmal in den letzten Augenblicken ihres Lebens den Mut — die Hoffnung verloren, und kurz vor ihrem Tode sagte sie: „14 Tage bin ich wieder gesund. Dann kann ich wieder arbeiten. Du brauchst keine Sorge.“ — — — und dann, als schon ihr Gesicht von den ersten Schattungen des Todes gezeichnet war: „Du sollst doch dein Mütter machen.“

Die Zeit und der Erde zum Ansehnlich alles Häßlichen haben hat ihr dazu beigetragen, daß Erinnerungen, die mir oftmals das reine Andenken an meine Mutter verbleiben haben, verknüpfungen sind.

Dringen regnet es, mein Zimmer ist nicht geheizt. Nur eine kleine Petroleumlampe vermag den Kampf gegen die Lähmlichkeit des Winters aufzunehmen. Ich blättere im Kriegstagebuch meiner Mutter. Die Kriegstage werden wieder lebendig; die Zeit, wo Mutter kämpfte im Feld war, und wo ich, in einer so großen und fremden Stadt bei hilflosen und schicksaligen Verwandten untergebracht, wachend auf Nachtsicht harpte. Auch die Erzählung aus dieser Zeit sind im Tagebuch eingetragen. Sprödeher und menschlicher als alle schmerzhaften oder lebensvolle Literatur können diese knappen Aufzeichnungen den letzten Kampf eines Menschen mit dem Tod, einer Frau, die eines besseren Schicksales wert gewesen wäre.

Anfang Dezember 1916: Gestern habe ich die Prüfung abgelegt und sie mit Gut bestanden... Warum habe ich das eigentlich gemacht? — Ich werde Soldat und gehe ins Feld — als Frau — und habe doch ein Kind, für das niemand sorgt, wenn ich fort bin. Aber das ist ja Unsinn! Keine Sentimentalitäten! Entweder tut man etwas ganz oder überhaupt nicht. Ich glaube an keinen Gott, an kein Schicksal; ich will es, tue es auch, und das genügt mir... Frau von Hammerstein hat mir abgeraten und tausend Argumente gegen mein Verhalten geltend gemacht. Sie redet furchtbar viel... Was wird wohl das Pummelchen sagen? Ich glaube, er wird fröhlich sein und weinen, der kleine Kerl. Es tut mir doch arg weh, wenn ich daran denke, daß ich ihn vielleicht auf zwei bis drei Jahre allein lassen muß. Er ist doch ein braver und tapferer Junge. Wenn er nur nicht immer krank wäre! Vielleicht hilft mir Frau Stadtdirektorin X., daß man ihn einmal aufs Land schicken kann. (Ekelhaft, immer bitten zu müssen und jenen Leuten gute Worte zu geben, die nichts weiter sind als ihr Geld und ihre Titel!)

28. Dezember 1916: Wir haben gestern Weihnachten gefeiert. Pummelchen und ich. Er will nicht glauben, daß ich fort von ihm gehe. Ich habe ihn frühzeitig ins Bett gebracht, und mit meinem neuen Buch im Arm schlief er ein. Ich habe ihm nicht viel schenken können, aber er ist ja auch für weniges dankbar... Er wird immer schmaler im Gesicht. Tagelang redet er kein Wort, sitzt im kalten Zimmer (die Kohlen sind mal wieder alle und manchmal langt auch das Geld nicht), liest, lernt — oder phantasiert, und unermüdet frast er mich dann nach Dingen, die ich ihm kaum beantworten kann... Ich habe ihm gesagt, er soll zu Freunden oder Bekannten gehen, die noch ein warmes Zimmer haben. Da hat er mich groß angeschaut und dann ganz ernst gesagt: „Da friere ich noch viel mehr.“ — Und er fragte mich plötzlich: „Mutter, bist du eine Hure?“ Es war entsetzlich. Er wußte zwar noch nicht, was das ist; aber ich hatte Angst, daß man seine Seele vergiftet hätte. Aber er verheimlicht mir ja nichts, und so habe ich erfahren, wie es kam, daß er mich so fragen mußte. Er hat einen anderen Lehrer in der Schule gekriegt, der sich nach den Familienverhältnissen seiner Schüler erkundigte. Pummelchen kann schlecht lügen, und durch Kreuz- und Querfragen hat der Lehrer den Jungen ganz kopfschmerz gemacht. Die Klasse hat gehöhelt, und einige ältere Schüler haben Pummelchen arg zugehört. Ich habe ihn natürlich nicht gescholten, sondern ihm zugeredet, er soll nicht an solche häßliche Sachen denken; dann habe ich ihm noch gesagt, das seien schlechte Menschen, die einem kleinen Jungen seine Mutter abspenstig machen wollen. Er hat ganz verständlich zugehört und dann geantwortet: „Wenn Mütter (das scheint einer der bemühnten Schulkameraden zu sein) noch einmal schlecht von dir sprichst, dann schlage ich ihn tot.“ — — — Dieser Vorfall hat mir zu denken gegeben, und ich habe die ganze Nacht gegrübelt und nachgedacht. Es ist ein Elend! Man kann es den Schulbuben ja nicht übelnehmen, aber sind nicht die Eltern daran schuld? — — — Ich arbeite von morgens früh bis spät in die Nacht, übersehe Briefe, rechne, denke kaum an mich — und dann so etwas! Pfui Teufel — ich gehe doch ins Feld.

Wenn die Menschen, die immer mit tausend guten Ratsschlägen zur Hand sind, wüßten, warum ich ins Feld gehe!...

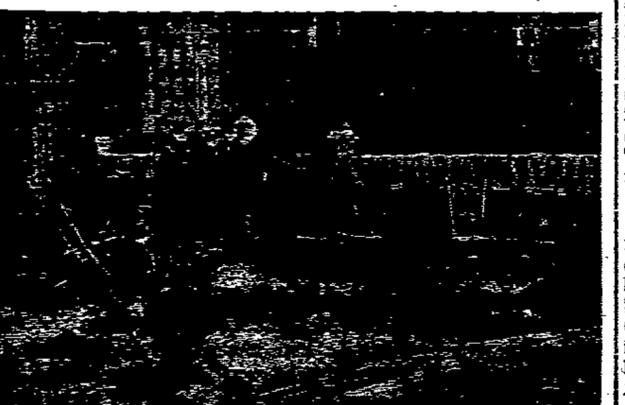
Mitte März 1917: Ich muß mich bereit halten. Alles ist gepackt. Die Wohnung abgeschlossen, ich schlafe schon im Hotel. Spätestens morgen Abend muß ich abreißen. Nach Fländern. Man schickt mich dort hin, weil ich Land und Leute von früher her gut kenne und mit der Mentalität der Flamen vertraut bin... Angst habe ich nicht, nur ein etwas unsicheres Gefühl, ob ich den Strapazen auch gewachsen bin. Schließlich bin ich mit meinen 36 Jahren kein junges Mädel mehr... Pummelchen ist seit 14 Tagen auf einem Hof in Westfalen als Ferienkind. Ich werde ihm schreiben, daß ich ins Feld gehe. Er weiß noch nichts. Vielleicht schicke ich nur ein Telegramm. Ich habe Angst vor dem Abschied.

Am 24. März 1917 erhielt ich ein Telegramm: „durchreise schnell einwinternsdreißig nachts Snabrück stop flandern stop sei brav stop mütter“

Ich habe sie erst am 20. Dezember 1918 wiedergesehen... Ich lese ihre Briefe, die sie mir in jener Zeit schrieb. Sie schreibt sie von sich oder den Verhältnissen, unter denen sie lebt — nichts. Jedes Wort ist Sorge um ihr Kind — nie eine Anklage gegen ein sinnloses Schicksal.

Am 19. Dezember 1918 erhielt ich wiederum ein Telegramm, das erste Lebenszeichen seit 10 Wochen: „eintreffe einwinternsdreißig nachts neustädter bahnhof stop nicht an die bahnhof kommen stop bin infiziert stop bin morgen mittag bei dir stop mütter“

Ein zehnjähriger Schüler drängte sich nachts durch das fassam bekannte Gewühl eines Vorstadtbahnhofs während der Renovierungszeit. Der Jung kam mit Verpfändung. In einer alten Frau glaubte ich meine Mutter zu erkennen. Sie wurde von einem Soldaten gefaßt, und mit matten Schriften ging sie auf irgendeine



Hast dem Kriege.

militärische Dienststelle zu, die auf dem Bahnsteig in einem Bretterverschlag untergebracht war. Ich schrie, winkte mit den Armen, ich konnte nicht schnell genug zu ihr, das Gedränge war zu groß. — die Frau hob den Kopf, winkte wie abwehrend mit der Hand. Ich konnte ihr ins Gesicht sehen, und an den Augen erkannte ich, daß es nur meine Mutter sein konnte.

Nach heute habe ich sie vor mir, als sie am 20. Dezember 1916, gegen 12 Uhr mittags, vor mir stand. Ich öffnete die Tür und starrte sie erschrocken an. Sie sagte nichts — Schritt in die Küche und ließ sich auf einen Stuhl nieder und schlug dann mit dem Kopf auf die Tischplatte. Sie weinte. Wohl zwei Stunden habe ich bei ihr gesessen und sagte nicht, sie anzufassen. Nur dumpf dachte ich damals, daß in dieser Frau irgend etwas zusammenbrach. Endlich ergriß sie meine Hand, zog mich an sich und gab mir einen Kuß. Ich war glücklich. Ich sah nicht, daß ihre Haare abgeschnitten waren, sah nicht das ausgezehrte Gesicht, merkte nicht, daß sie nach Desinfektionsmittel roch, sah nicht die verbleichten Fingerringel und die von scharfen Medikamenten zerfetzten Hände. Ich

sah nur ihre Augen... Sie sah mich an... ganz lange, so wie eine echte Mutter ihren Bub anschaut. Ich wagte vor lauter Freude kaum zu atmen.

Knapp vier Jahre später starb sie. Sie wurde nie wieder ganz gesund. Auch die letzten Jahre ihres Lebens waren für sie eine ununterbrochene Kette von Arbeit, Sorge und Demütigungen. (Siehe „Proletariat“ Nr. 45, 1980: „Kampf der drei“.)

Aus der Fülle des vorliegenden Materials kann und darf ich nur einiges heranzugreifen.

Genf, April 1917: Ein seit Wochen nicht zum Schreiben gekommen. Viel Dienst und auch sonst allerhand Aufregungen. Gestern habe ich zum erstenmal einen Fliegerangriff miterlebt. Englische Flieger warfen nachts gegen 12 Uhr Bomben. Es war mondhell. Ich lag im Bett und wurde erst wach, als die Flieger schon über der Stadt waren. Noch ehe ich aufstehen konnte, ging ganz in der Nähe eine Bombe nieder und zerstörte das gegenüberliegende Haus. In meinem Zimmer plähten durch den Luftdruck die Tür- und Schrankfüllungen, die Fensterscheiben und die Tapeten.



Sind wir Kulturmenschen?

Alles flog durcheinander. Ich blieb wie gelähmt liegen, und nachdem der erste Schreck vorbeigewirrt, stand ich rasch auf, stolperte über umgefallene Möbelstücke, sah mich rasch an und lief ins Lazarett auf meine Station. Dort war zum Glück nichts passiert... Die Erregung unter der Jähwutbewegung ist ziemlich groß, da einige Flamen getötet wurden. Mein Zimmer ist vorläufig unbenutzbar. Eben bringt mir der Gefreite X. einige Sprengstücke und sagt: „Die Dinger haben wir in Ihrem Zimmer gefunden. Die Sprengstücke stammen von den Schützen unserer Flakbatterien. Kann passieren. Glücklicherweise.“ Ich gebe ihm einen Kognak. Er schmunzelt über das ganze Gesicht und bemerkt trocken: „Schade, daß kein Bombenleger bei Ihnen im Zimmer gelegen hat. Dann kriegte ich ja wohl die ganze Dulle Schnaps.“ — — — Ich habe mein Zimmer geknüpft und eine Aufnahme davon sowie ein paar Sprengstücke an meinen Jungen geschickt, aber nicht geschrieben, wieso und weshalb.

Brügge, Anfang Juli 1917: Dienstliche und private Scherereien. Folgendes trug sich zu: Am 1. Juli war im Kasino des 7ten Regiments, anlässlich eines Besuchs von S. M., ein sogenanntes Liebesmahl angelegt. S. M. kam, blieb kaum eine halbe Stunde in Brügge und fuhr dann weiter an die Front. Durch meine Oberin, Frau E. B., erfuhr ich, daß auch einige Damen vom Stützpunkt zu dieser Fete geladen waren. Auch Schwester J. G., eine wackere Polin, die nicht gerade im guten Sinne viel von sich reden machte, hatte eine Einladung erhalten. Da sie, mit unerstelltem, an dem betreffenden Abend auf der Station Dienst hatte und ich selbst Prof. Dr. B. bei einer Operation assistieren mußte, bat ich Schwester G., abzusagen. Gegen 11 Uhr abends kam ich auf die Station und erfuhr durch einen Wärter, daß Schwester G. bereits um 8 Uhr ihren Dienst verlassen hatte, ohne Angabe von Gründen. Kurz entschlossen rief ich eine Wachkolonne vom Ordnungsdienst an, und mit zwei Begleitpersonen, die grinsend ins Auto stiegen, fuhr ich zum Kasino. Ich ließ mich bei Erzellenz von Tr... melden, erklärte ihm kurzgehend den Sachverhalt und bat darum, mir sofort Schwester G. herauszusuchen. Ich war naturgemäß ziemlich aufgeregt und mit meinen Ausdrücken nicht gerade wählertisch. Erzellenz schien angekränkt und versuchte die Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen. Er nötigte mich, einzutreten, küßte mir die Hand und benahm sich wie ein alter Auerhahn. Die Szene wurde noch widerwärtiger, als Rittmeister von T... erschien, total betrunken, und mich zu unarmen versuchte. Die Sache ekelte mich an, und kurz entschlossen wandte ich mich dem Ausgange zu. U-Bootsleutnant Tom B., ein junger lieber Mensch, kam mir nach und sagte: „Machen Sie um Gottes willen keine Dummscherten, gnädige Frau: Sie ziehen doch den kürzeren. Erzellenz ist sehr ungehalten auf Sie.“ Ich drückte ihm die Hand und sagte nur: „Danke, besaufen Sie sich nicht, mein Lieber.“ „Kommt nicht in Frage“, erklärte er, „muß morgen früh ausfahren.“ (Randbemerkung 23. Juni 1919: Er kehrte nie zurück. Nach sechs Monaten wurde sein Boot mit gesamter Besatzung als verloren erklärt.)

Am andern Morgen ließ ich mich bei Erzellenz von Schr. melden, der mir persönlich bekannt war. Ihm ging ein guter Kuß als Mensch und Soldat voran. Ich erstattete ihm Bericht. Er hörte erst zu und sagte dann wörtlich: „Lassen Sie die Sache auf sich beruhen. Erstellen Sie der Schwester G. einen Verweis. Was Sie mir da erzählen, kenne ich leider Gottes zur Genüge. Aber da ich in diesem Falle nicht eingreifen kann, steht die Sache für Sie hoffnungslos. Sie sind eine sehr kluge und tapfere Frau, aber, kindchen, warum sind Sie so un diplomatisch?“

Daß derartige Vorkommnisse den Dienstleister nicht gerade fördern, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Saucere!!!

Ende Juli 1917: Der Erfolg meiner un diplomatischen Handlungsweise ist der, daß ich an die Front versetzt bin. A tempo habe ich auf höheren Befehl noch Funkunterricht nehmen müssen. Warum, mögen die Götter wissen. Übrigens — Erzellenz von Tr. ist abgesetzt worden, da man ihn eines Abends total betrunken im Kasino fand. Zwei Werftarbeiter haben ihn auf einer Wache abgeliefert. Der Verbandplatz, eine Sammelstation des Frontabschnittes X. im sogenannten X-Bogen, ist in einem Minenrichter untergebracht. Er liegt zirka zwei Kilometer hinter der vordersten Linie. Man hat feillich Stollen in die Erde getrieben, ausbetoniert, elektrisches Licht, einwandfreie sanitäre Anlagen, alles stabil gebaut. Pumpen für Grundwasser, zwei Fahrstühle für Verwundetentransporte, verdeckte Zugänge usw. Dieses „Lazarett“ kann zirka 200 Verwundete aufnehmen. Sogar ein provisorischer Operationsaal ist zirka 40 Meter unter der Erde eingerichtet. Am Rande des Trichters weht die rote Kreuz-Flagge. Ich hätte gern einige Aufnahmen gemacht, aber es ist verboten.

(Schluß folgt)